
FDP Neu-Isenburg

RING POLITISCHER JUGEND SPIEGELT NICHT DIE PARTEIENVIELFALT WIDER

01.08.2018

JUNGE UNION, JUNGE LIBERALE UND JUNGE FREIEN WÄHLER ENTTÄUSCHT VON LINKEM ALLEINGANG

Dietzenbach – Nach monatelangen Verhandlungen fanden die Gespräche um die Gründung eines Rings politischer Jungen (RPJ) im Landkreis Offenbach in dieser Woche ein abruptes Ende. Ein RPJ ist ein Zusammenschluss von Jugendorganisationen demokratisch gewählter Parteien. Seine Hauptaufgabe liegt darin jungen Menschen staatspolitisch zu interessieren, politisch zu bilden und auf die mitbürgerliche Verantwortung hinzuweisen, sowie die Förderung demokratischer Jugendstrukturen.

In der Regel bildet sich der RPJ aus Jugendvereinigungen, deren Mutterparteien auch im Kreistag vertreten sind. Aber nur Vertreter der Jugendvereinigungen von SPD, Bündnis 90 die Grünen und die LINKE trafen sich dieser Tage im Kreishaus in Dietzenbach um vollendete Tatsachen zu schaffen. „Im März dieses Jahres sind die Jusos, die Grüne Jugend und die Linksjugend aus den Gründungsverhandlungen mit den weiteren politischen Jugendorganisationen ausgestiegen. Auch auf die mehrfach erfolgten Gesprächsangebote von Junger Union (JU), Jungen Liberalen (Julis) und den Jungen Freien Wählern (JFW) ist man nicht eingegangen“, erläutert die stellvertretende JU-Kreisvorsitzende, Kreistagsabgeordnete Sabrina Grab, wie es zu einem nun ausschließlich linksorientierten Ring politischer Jugend kam.

„Es hat mich doch sehr irritiert, dass ich, obwohl ich die Gründung maßgeblich mit angestoßen und vorangetrieben habe, zu dieser nun stattgefundenen Gründungsversammlung nicht mal eine Einladung erhalten habe“, äußert sich Laura Schulz, stellvertretende Kreisvorsitzende der Jungen Freien Wähler und

Fraktionsgeschäftsführerin sehr enttäuscht. Auch den Vorsitzenden der JuLis, Luka Sinderwald, hat keine Einladung erreicht. „Wir halten die Gründung eines RPJ für unheimlich wichtig, daher haben wir auch auf verschiedensten Wegen den JUSOS unsere Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisiert. Ihr jetziges Handeln lässt mich allerdings sehr an ihrem Demokratieverständnis zweifeln,“ so Sinderwald.

Ausschlaggeben für die Zerrüttung war vor allem die Frage, wie mit der Jungen Alternative, der Jugendvereinigung der AFD umgegangen werden solle. Konservative und Liberale waren sich einig, dass die gesamte Parteienvielfalt sich in einem RPJ wiederfinden müsse. Dies treffe auf die Linksjugend, aber auch auf die Junge Alternative zu. Beide Mutterparteien sind mit Fraktionsstaus im Kreistag vertreten. Für die linksorientierten Vereinigungen war dieser Punkt nicht verhandelbar.